

DATENSCHUTZHINWEISE

Information zum Umgang mit Ihren Daten als Bewerber gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

VORBEMERKUNG

Im Folgenden möchten wir Ihnen Informationen rund um Ihre Daten liefern. Vom Gesetzgeber wurde festgelegt, welche Informationen hierzu notwendig sind. Wie verarbeiten Ihre Bewerberdaten nur zum Zweck und im Rahmen des Bewerbungsverfahrens. Sollten Sie hierzu mehr wissen wollen finden Sie in der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) in den Artikeln 12 bis 22 sowie 34 weitere Erläuterungen. Bei Fragen zur Datenschutz-Grundverordnung können sie sich jederzeit an die Datenschutzbeauftragte wenden. Mit der Übermittlung der Bewerbung an uns, erklären Sie sich mit der Verarbeitung ihrer Daten zu Zwecken des Bewerbungsverfahrens einverstanden.

WAS SIND PERSONENBEZOGENE DATEN?

Alle Informationen, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare Person beziehen. Bestimmbar ist eine Person dann, wenn sie direkt oder identifiziert werden kann. Dies kann beispielsweise durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, erfolgen.

1. BASIS-INFORMATIONEN

1.1 WER IST FÜR DIE VERARBEITUNG IHRER DATEN VERANTWORTLICH?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist:

Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt (KZV-LSA)
Doctor-Eisenbart-Ring 1
39120 Magdeburg
0391 6293-000
E-Mail: info@kzv-lsa.de

1.2 WIE KÖNNEN SIE KONTAKT ZU UNS AUFNEHMEN?

E-Mail: karriere@kzv-lsa.de

1.3 WELCHE BEHÖRDE IST FÜR DIE EINHALTUNG DES DATENSCHUTZRECHTS

VERANTWORTLICH?

Zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Leiterstraße 9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391 81803-0
Telefax: 0391 81803-33

E-Mail: poststelle@fd.sachsen-anhalt.de.

2. WEITERE WICHTIGE INFORMATIONEN

2.1 DATENERHEBUNG IM BEWERBUNGSPROZESS (WARUM?)

Das Bewerbungsverfahren setzt voraus, dass Bewerber uns die Bewerberdaten mitteilen, damit wir Sie kennenlernen. Hierzu dienen uns im ersten Schritt die Informationen und Dokumente, die Sie uns schriftlich übermitteln. Der nächste Schritt ist ein persönliches Kennenlernen, während dessen wir noch mehr über Sie erfahren. Der Zweck dieser Datenerhebung ist die fundierte Entscheidung für ein langfristiges Miteinander.

2.2 WARUM DÜRFEN WIR DIES?

Das Datenschutzrecht erlaubt (gemäß §26 Absatz 1 Satz 1 BDSG n.F. in Verbindung mit Artikel 88 Absatz 1 DSGVO) die Erhebung der Daten, die für die Begründung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind. Wenn Sie uns freiwillig über das Notwendige hinaus, Dinge von sich selbst mitteilen. Erlaubt uns dies das Datenschutzrecht im Rahmen einer Einwilligung (gemäß Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 lit. a DSGVO).

Rechtsgrundlage für die Erhebung der Pflichtangaben ist § 26 Absatz 1 Satz 1 BDSG n.F. in Verbindung mit Artikel 88 Absatz 1 Satz 1 lit. a DSGVO.

Soweit im Rahmen des Bewerbungsverfahrens freiwillig besondere Kategorien von personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO mitgeteilt werden, erfolgt deren Verarbeitung zusätzlich nach Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO (z.B. Angabe einer Behinderung, ethnische Herkunft). Werden im Rahmen des Bewerbungsverfahrens besondere Kategorien von personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO bei Bewerbern angefragt, erfolgt deren Verarbeitung nach Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO (z.B. Gesundheitsdaten, wenn diese für die Berufsausübung erforderlich sind).

2.3. WER KANN DATEN VON IHNEN ERHALTEN?

Im Rahmen der Verarbeitung können Ihre Daten übermittelt werden an:

- Personen innerhalb der KZV, die direkt an der Datenverarbeitung beteiligt sind (z.B. Personalabteilung)
- Dienstleister, die vertraglich gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet sind und Teilaufgaben der Datenverarbeitung wahrnehmen
- Externe Unternehmen, wenn dies erforderlich ist. Beispiel hierfür sind Postdienstleister zur Zustellung von Briefen

2.4 WERDEN IHRE DATEN AUßERHALB DER EUROPÄISCHEN UNION ÜBERMITTELT?

Dies ist von uns nicht geplant. Wenn Sie uns allerdings veranlassen würden, Geld auf eine Bank außerhalb der europäischen Union zu überweisen und uns dazu eine Kontoverbindung nennen, ist die Rechtsgrundlage hierfür Artikel 6 Absatz 1 Ziffer b DSGVO, § 24 BDSG n.F., Artikel 49 Absatz 1 lit. b DSGVO.

2.5 WIE LANGE WERDEN IHRE DATEN GESPEICHERT?

Wir speichern Ihre Daten während der Zeit, in der wir sie benötigen, um die oben unter 2.1 dargestellten Zwecke zu erreichen. Spätestens sechs Monate nach der Entscheidung werden die Unterlagen in Papierform zugesandt bzw. die digitalen Dokumente gelöscht. Diese Frist ergibt sich als Schutz vor der Inanspruchnahme durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Allerdings gibt es gegebenenfalls gesetzliche Vorschriften (z.B. die Abgabeordnung § 147), die uns dazu zwingen, bestimmte Unterlagen sechs beziehungsweise zehn Jahre aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungszeit löschen wir nicht mehr benötigte Daten.

3. WELCHE RECHTE HABEN SIE?

3.1 HINWEISE ZU IHREN RECHTEN

Als betroffene Person einer Datenverarbeitung haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung unter anderem folgende Rechte (im Folgenden auch kurz „Betroffenenrechte“ genannt):

3.2 AUSKUNFTSRECHTE (LAUT ARTIKEL 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten zu Ihrer Person verarbeiten oder nicht. Wenn wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten, haben Sie Anspruch zu erfahren,

- warum wir Ihre Daten verarbeiten (siehe Punkt 2.1);
- was für Daten wir von Ihnen verarbeiten;
- welche Art von Empfängern, Daten von Ihnen erhalten oder erhalten sollen (siehe Punkt 2.3);
- wie lange wir Ihre Daten speichern werden; falls eine Angabe zur Speicherdauer nicht möglich ist, müssen wir mitteilen, wie es zur Festlegung der Speicherdauer kommt (z.B. nach Ablauf gesetzlicher Aufbewahrungsfristen) (siehe auch Punkt 2.5);
- dass Sie ein Recht auf Berichtigung und Löschung der Sie betreffenden Daten einschließlich des Rechts auf Einschränkung der Bearbeitung und/oder der Möglichkeit zum Widerspruch haben (siehe hierzu auch die nachfolgenden Punkte 3.2, 3.3 und folgende);
- dass Sie ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde haben;
- woher Ihre Daten stammen, falls wir sie nicht bei Ihnen direkt erhoben haben sollten;
- ob Ihre Daten für eine automatische Entscheidung verwendet werden und wenn dies der Fall ist, zu erfahren, welche Logik der Entscheidung zu Grunde liegt und welche Auswirkungen und Tragweite die automatisierte Entscheidung für Sie haben kann;
- dass wenn Daten über Sie in ein Land außerhalb Europäischen Union übermittelt werden, Sie Anspruch auf Auskunft haben, ob und falls ja aufgrund welcher Garantien ein angemessenes Schutzniveau beim Datenempfänger sichergestellt ist;
- dass Sie das Recht haben, eine Kopie Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, Datenkopien werden grundsätzlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Die

erste Kopie ist kostenfrei, für weitere Kopien kann ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Eine Kopie kann nur bereitgestellt werden, soweit die Rechte anderer Personenhierdurch nicht beeinträchtigt werden.

3.3 RECHT ZUR BERICHTIGUNG DER DATEN (LAUT ARTIKEL 16 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns die Berichtigung Ihrer Daten zu verlangen, wenn diese nicht und/oder unvollständig sein sollten. Zu diesem Recht gehört auch das Recht auf Vervollständigung durch ergänzende Erklärungen oder Mitteilungen. Eine Berichtigung und/oder Ergänzung muss ohne schuldhaftes Zögern erfolgen.

3.4 RECHT AUF LÖSCHUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN (LAUT ARTIKEL 17 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn

- die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben und verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind;
- die Datenverarbeitung aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung erfolgt und Sie die Einwilligung widerrufen haben; dies gilt allerdings nicht, wenn eine andere gesetzliche Erlaubnis für die Datenverarbeitung besteht;
- Sie Widerspruch gegen eine Datenverarbeitung eingelegt haben, deren gesetzliche Erlaubnis im sogenannten „berechtigten Interesse“ (laut Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e oder f) liegt; eine Löschung muss allerdings dann nicht erfolgen, wenn vorrangigen berechtigten Gründe für eine weitere Verarbeitung vorliegen;
- Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden;

Ein Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht nicht, wenn

- die Verarbeitung personenbezogener Daten
 - zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (z.B. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten),
 - zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und Interessen nach geltendem Recht (hierzu gehört auch die „öffentliche Gesundheit“) oder
 - zu Archivierungs- und/oder Forschungszwecken erforderlich ist;
- die personenbezogenen Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich sind.

3.5 RECHT AUF EINSCHRÄNKUNG DER DATENVERARBEITUNG (LAUT ARTIKEL 18 DSGVO)

Sie haben das Recht die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in folgenden Fällen einschränken zu lassen: - Wenn Sie die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten bestritten haben, können Sie von uns verlangen, dass Ihre Daten für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit nicht anderweitig genutzt und somit deren Verarbeitung eingeschränkt werden.

- bei unrechtmäßiger Datenverarbeitung können Sie anstelle der Datenlöschung die

- Einschränkung der Datennutzung verlangen;
- benötigen Sie Ihre personenbezogenen Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, aber wir benötigen Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr, können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung auf die Rechtsverfolgungszwecke verlangen;
 - haben Sie gegen eine Datenverarbeitung Widerspruch (nach Artikel 21 Absatz 1 DSGVO) eingelegt (siehe auch Punkt 3.7) und steht noch nicht fest, ob unsere Interessen an einer Verarbeitung Ihre Interessen überwiegen, können Sie verlangen, dass Ihre Daten für die Dauer der Prüfung für andere Zwecke nicht genutzt werden und somit deren Verarbeitung eingeschränkt werden.

Personenbezogenen Daten, deren Verarbeitung auf Ihr Verlangen eingeschränkt wurde, dürfen vorbehaltlich der Speicherung – nur noch

- mit Ihrer Einwilligung,
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen,
- zum Schutz der Rechte anderer natürlicher oder juristischer Person, oder
- aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Sollte eine Verarbeitungseinschränkung aufgehoben werden, werden Sie hierüber vorab unterrichtet.

3.6 RECHT AUF DATENÜBERTRAGBARKEIT (LAUT ARTIKEL 20 DSGVO)

Sie haben das Recht die Daten, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, in einem gängigen elektronischen Format (z.B. als PDF- oder Excel-Dokument), von uns zu verlangen.

Sie können auch von uns verlangen, diese Daten direkt an eine andere (durch Sie bestimmte) Einrichtung zu übermitteln, sofern dies für uns technisch möglich ist.

Die Voraussetzung dafür, dass Sie dieses Recht haben, ist, dass die Verarbeitung durch Grundlage einer Einwilligung oder zur Durchführung eines Vertrages erfolgt und mit Hilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird.

Die Ausübung des Rechts auf Datenübertragbarkeit darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.

Wenn Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit nutzen, haben Sie auch weiterhin das Recht auf Datenlöschung laut Artikel 17 DSGVO.

3.7 RECHT ZUM WIDERSPRUCH GEGEN BESTIMMTE DATENVERARBEITUNGEN (LAUT ARTIKEL 21 DSGVO)

Wenn Ihre Daten zur Wahrnehmung von im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen verarbeitet werden, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen. Sie müssen uns hierzu die Gründe, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, für Ihren Widerspruch darlegen. Dies können z. B. besondere familiäre Umstände oder schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen sein.

Im Fall des Widerspruchs haben wir jede weitere Verarbeitung Ihrer Daten zu den genannten Zwecken zu unterlassen, es sei denn,

- es liegen zwingende, schutzwürdige Gründe für eine Verarbeitung vor, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder
- die Verarbeitung ist zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich.

3.8 VERBOT AUTOMATISierter ENTSCHEIDUNG/PROFILING (LAUT ARTIKEL 22 DSGVO)

Entscheidungen von uns, die für Sie eine rechtliche Folge nach sich ziehen oder Sie erheblich beeinträchtigen, dürfen nicht ausschließlich auf automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten gestützt werden. Hierzu gehört auch das Profiling. Dieses Verbot gilt nicht, soweit die automatisierte Entscheidung

- für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages mit Ihnen erforderlich ist,
- aufgrund von Rechtsvorschriften zulässig ist, wenn diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zum Schutz Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten, oder
- mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

Entscheidungen, die ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung besondere *Kategorien personenbezogener Daten* (=sensible Daten) beruhen, sind nur dann zulässig, wenn sie auf Grundlage

- Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgen oder
- ein erhebliches öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht

und angemessenen Maßnahmen zum Schutz Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen getroffen wurden.

3.9 AUSÜBUNG DER BETROFFENENRECHTE

Zur Ausübung der Betroffenenrechte wenden Sie sich bitte an die unten aufgeführte Datenschutzbeauftragte. Anfragen, die elektronisch eingereicht werden, werden in der Regel elektronisch beantwortet. Die nach der DSGVO zur Verfügung zu stellenden Informationen, Mitteilungen und Maßnahmen einschließlich der Ausübung der Betroffenenrechte werden grundsätzlich unentgeltlich erbracht. Lediglich im Fall von offenkundig unbegründeten oder exzessiven Anträgen sind wir berechtigt, für die Bearbeitung ein angemessenes Entgelt zu erheben oder von einem Tätigwerden abzusehen (laut Artikel 12 Absatz 5 DSGVO).

Bestehen begründete Zweifel an Ihrer Identität, dürfen wir, zum Zwecke der Identifizierung zusätzliche Informationen von Ihnen verlangen. Ist uns eine Identifizierung nicht möglich, sind wir berechtigt, die Bearbeitung Ihrer Anfrage zu verweigern. Über eine fehlende Möglichkeit zur Identifizierung werden wir Sie – soweit möglich – gesondert benachrichtigen (siehe Artikel 12 Absatz 6 und Artikel 11 DSGVO).

Auskunfts- und Informationsbegehren werden in der Regel unverzüglich, innerhalb eines Monats nach Eingang der Anfrage bearbeitet. Die Frist kann um weitere zwei Monate verlängert werden, soweit dies unter Berücksichtigung der Komplexität und/oder der Anzahl der Anfragen erforderlich ist; im Fall einer Fristverlängerung werden wir Sie innerhalb eines Monats nach Eingang Ihrer Anfrage über die Gründe für die Verzögerung informieren. Sollten wir auf einen Antrag hin nicht tätig werden, werden wir Sie unverzüglich innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags

über die Gründe hierfür unterrichten und Sie über die Möglichkeit, bei einer Aufsichtsbehörde Beschwerde einzulegen oder einen gerichtlichen Rechtsbehelf in Anspruch zu nehmen, informieren (siehe Artikel 12 Absatz 3 und Absatz 4 DSGVO).

Bitte beachten Sie, dass Sie Ihre Betroffenenrechte nur im Rahmen von der Union oder den Mitgliedsstaaten vorgesehener Einschränkungen ausüben können (Artikel 23 DSGVO).

Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt
-Datenschutzbeauftragte-
Doctor-Eisenbart-Ring 1
39120 Magdeburg
E-Mail: kzv-datenschutz@kzv-lsa.de